

IDENTITÄTSMUSTER UND KONFLIKTVERHALTEN DER INDUSTRIEARBEITERSCHAFT DER SBZ/DDR

Von Peter Hübner

Die Geschichte politischer und sozialer Konflikte, in die Arbeiter involviert waren, schließt immer auch die Frage ein, ob und wie sich diese dabei als eigene Interessengruppe wahrgenommen haben. Eine solche Perzeption gehört zu den Konfliktvoraussetzungen. Die Kontrahenten ordnen sich unterschiedlichen Identitätsmustern zu. Diese stehen für Inklusion derjenigen, die von der jeweiligen Seite selbst als wesentlich betrachtete Kriterien erfüllen, aber auch für Exklusion jener, auf die diese Kriterien nicht zutreffen. Dabei kann es sich um Eigentum und Besitz, kulturelle Traditionen, religiöse Wurzeln und vieles andere handeln. In jedem Falle sind Interessen im Spiel.

Struktur- und Funktionszusammenhänge von Identitätsbildung und Konflikt in verschiedenen Gesellschaften, Kulturkreisen und Zeitaltern sind in interdisziplinären Perspektiven vielfach und eingehend erörtert worden.¹ Im allgemeinen ist die Beziehung von Identität und Konflikt davon bestimmt, daß sich politische, soziale, ökonomische, kulturelle, ethnische oder auch religiöse Konfliktpotentiale anreichern und in unterschiedlicher Weise entladen. In der Vielfalt historischer Szenarien ist nicht selten eine Konstellation zu beobachten, in der die attackierte oder bedrohte Seite den Konflikt für überflüssig, ja geradezu für unmöglich hält. Sie wähnt sich in einer identitätsstiftenden Position, die auch die „wahren“ Interessen der opponierenden Gegenseite vertritt. Deren Haltung wiederum wird dann im milderen Fall aus Mißverständnissen, in härterer Interpretation als Handlangerdienst für außenstehende, feindliche Dritte erklärt.

Eine solche Konfliktlage war in der neuesten Geschichte Mittel- und Osteuropas relativ häufig anzutreffen. Sie wurde für die Beziehung zwischen Parteiregimen und Arbeiterschaft in den „realsozialistischen“ Staaten geradezu konstitutiv. Der Bogen spannt sich vom Kronstädter Aufstand 1921 in Sowjetrußland über die Arbeitererhebung 1953 in der DDR bis hin zur Gründung der Dachorganisation unabhängiger polnischer Gewerkschaften, der „Solidarność“, im Jahr 1980. Einige Zusammenhänge dieses Problems sollen im folgenden am Beispiel von Industriearbeitern in der DDR und ihren Konflikten mit den Funktionseleiten des SED-Regimes betrachtet werden.² Zunächst ist ein Blick auf den Forschungsstand zu werfen, dann die

¹ Dazu u.a. Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations*. New York 1996. – *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften*. Ein Bericht der Bertelsmann-Stiftung an den Club of Rome. Hrsg. v. Peter L. Berger. Gütersloh 1997. – *Zukunftsstreit*. Hrsg. v. Wilhelm Krull. Weilerswist 2000.

² Der Beitrag basiert in den Abschnitten über das Streikrecht und die Konfliktverläufe teilweise auf: Hübner, Peter: *Arbeitskonflikte in Industriebetrieben der DDR nach 1953*.

Spezifik der Konfliktproblematik in der DDR zu skizzieren, im weiteren wird der Frage nach Identitätsmustern nachzugehen sein, auf die sich Arbeiter im Konfliktfall bezogen; schließlich soll versucht werden, die Kontinuitätsproblematik des Arbeitermilieus zu erörtern.

Forschungstendenzen

Arbeitskonflikte haben in der Quellenüberlieferung der DDR deutliche Spuren hinterlassen. Ins Auge springen zwar vor allem die mehr oder weniger spektakulären Arbeitsniederlegungen, doch in ihrer Mehrheit blieben solche Konflikte unterhalb dieser Schwelle. Oft liefen sie, von den Akteuren auch so gewollt, geradezu unauffällig ab. Das ist einer der Gründe dafür, daß viele von ihnen entweder nicht oder nur andeutungsweise in den Quellen dokumentiert wurden. Gleichwohl ist anhand des verfügbaren Materials aus den Akten der Werksarchive, der Apparate der SED und des FDGB wie auch aus denen des Ministeriums für Staatssicherheit viel über Ursachen, Entwicklungen und Ergebnisse solcher Konfliktszenarien zu erfahren.

Die zeitgeschichtliche DDR-Forschung thematisierte bislang zumeist offene Arbeitskonflikte, die sich auch in ihrer politischen Dimension klar abhoben.³ Daß hierbei der 17. Juni 1953 und sein historisches Umfeld im Mittelpunkt des Interesses standen, kann nicht verwundern.⁴ Größerer Forschungsbedarf besteht dort, wo es um die direkten oder indirekten Folgen des Jahres 1953 geht. Kein späterer Arbeitskonflikt ist in seinem Verlauf ohne diese Projektionsfläche des Jahres 1953 zu erklären. In der historischen Würdigung der Vorgänge vom Mai und Juni 1953 verschränkten sich Wissenschaft und Politik in besonderer Weise – mehr noch, als es im Hinblick auf die Geschichte der DDR überhaupt zu beobachten ist.⁵ Neuere Arbeiten schöpfen verständlicherweise extensiv aus den nunmehr zugänglichen Quellen.⁶ Einige Oral-History-Studien nahmen sich ebenfalls der Thematik

Annäherung an eine historische Struktur- und Konfliktanalyse. In: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Hrsg. v. Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczyk. Berlin 1995, 178–191.

³ Dazu ausführlicher Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1970. Berlin 1995.

⁴ Siehe dazu u. a. Brant, Stefan: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954. – Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953. Bonn 1957 und Stuttgart 1983. – Bust-Bartels, Axel: Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele. Aus Politik und Zeitgeschichte (APZ), B 25 (1980), 24–54. – 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Hrsg. v. Ilse Spittmann und Karl-Wilhelm Fricke. Köln 1982.

⁵ Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. APZ, B 40 (1994), 34.

⁶ Dazu u. a. Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran. Köln 1993. – Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk. Berlin 1991. – Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992. – Klein, Angelika: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle. H. 1–4. Potsdam 1993. – Mitter, Arnim: Die Ereignisse im Juni und Juli

an.⁷ Projektionen auf den 17. Juni eröffnen zudem manche Biographien⁸ und Autobiographien.⁹

Auch wenn eine umfassendere Konfliktgeschichte der DDR-Gesellschaft oder eine Streikgeschichte der Arbeiter noch aussteht, sind zentrale Gebiete dieses Themenkomplexes schon seit längerem bearbeitet worden.¹⁰ Man weiß inzwischen recht gut Bescheid über die typischen Konfliktfelder und Konfliktstrategien, auch über Konfliktrituale. Immer wieder ging es um Löhne, Arbeitsnormen und Arbeitszeit sowie um Versorgungsprobleme, Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch daß sich diese Interessenkonflikte zumeist zwischen Lohnempfängern und Betriebsleitungen entluden und von beiden Seiten möglichst unpolitisch behandelt wurden, ist keine Neuigkeit mehr. Ausführlich wurde auch die wichtige Rolle der nach sowjetischem Muster entstandenen Arbeitsbrigaden in solchen Konflikten untersucht. Wollte man auf Defizite aufmerksam machen, so wäre etwa die Rolle von Angestellten in betriebsinternen Konflikten zu nennen. Defizitär sind auch die Kenntnisse über die Arbeiterschaft in der privaten wie auch in der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft.¹¹

Für das hier zu behandelnde Problem sind die komparativen Sichtachsen von besonderem Interesse, die Vergleiche der Arbeitergeschichte in der DDR mit der im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik ermöglichen.¹² Die auf dieser Basis

1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. In: APZ B 5 (1991), 31–41. – Ders./Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993. – Der Tag X. Neue Forschungen zur Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg. v. Arnim Mitter. Berlin 1994. – Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs Leipzig. In: Deutschland Archiv (DA) 24 (1991) H. 6, 573–584. – Dies.: Die SAG-Betriebe und der 17. Juni 1953. In: DA 26 (1993) H. 5, 531–536. – Wengst, Udo: Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 41 (1993) 2, 277–321.

⁷ Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von/Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen. Berlin 1991. – Schemmelmann, Dagmar: Schauplatz Stalinstadt/EKO. Erinnerungen an den 17. Juni 1953. H. 1–2. Potsdam 1993. – Dies.: Zeitzeugen über den 17. Juni 1953 in Berlin. In: hefte zur ddr-geschichte, Nr. 7. Berlin 1993, 26–55.

⁸ Mittenzwei, Werner: Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welt-rätseln. Berlin 1986, Bd. 2, 506–510.

⁹ Heym, Stefan: Nachruf. Frankfurt/M. 1990, 559–606.

¹⁰ Dazu die wichtigen Untersuchungen von Bust-Bartels, Axel: Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben. Frankfurt/M. und New York 1980. – Ewers, Klaus: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR. Ein historisch-soziologischer Beitrag zur innerbetrieblichen Lohngestaltung – von 1945/46 bis zu den langfristigen Folgewirkungen des 17. Juni 1953. Universität Osnabrück 1987 (Diss.).

¹¹ Zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven Tenfelde, Klaus: Einige Ergebnisse. In: Arbeiter in der SBZ-DDR. Hrsg. v. Peter Hübner und Klaus Tenfelde. Essen 1999, 889–895. – Kleßmann, Christoph/Sywottek, Arnold: Arbeitergeschichte und DDR-Geschichte. Einige Bemerkungen über Forschungsperspektiven. In: Ebenda 897–905.

¹² Aus einer Reihe neuerer Publikationen sind exemplarisch zu nennen: Alheit, Peter/

möglichen Vergleiche des Konfliktverhaltens von Arbeitern in unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen deuten auf erstaunliche Kontinuitäten und Parallelen hin. Vermehrt findet auch die Arbeitergeschichte des östlichen Mitteleuropa im Zeitraum zwischen 1945 und 1989 Aufmerksamkeit in der zeit-historischen Forschung. So bietet ein Vergleich der Entwicklungen in der DDR, in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn Gelegenheit, das Verhältnis von Traditionalität und politisch induzierten Systembedingungen transparenter werden zu lassen.¹³ Für das Verständnis des andauernden Transformationsprozesses und seines historischen Kontextes ist das nicht nebensächlich.

Die Streikproblematik im Rechtssystem der DDR

In einem jahrzehntelangen Prozeß haben marktwirtschaftlich geordnete und nach demokratischem Prinzip organisierte Industriegesellschaften Regularien der Austragung von Arbeitskonflikten herausgebildet sowie Lösungsvarianten weitgehend kodifiziert und institutionalisiert.¹⁴ Nur in diesem Zusammenhang sind gewisse Ritualisierungen etwa von Tarifkonflikten verständlich, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland geläufig wurden.¹⁵ Dem stand in der DDR nichts Ver-

Haack, Hanna/Höfchen, Heinz-Gerd/Meyer-Braun, Renate: Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren. Bd. 1: Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen; Bd. 2: Soziologische Deutungen. Bremen 1999. – Faulenbach, Bernd/Leo, Annette/Weberskirch, Klaus: Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewußtsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland. Essen 2000. – Arbeiter in der SBZ/DDR. Hrsg. v. Peter Hübner und Klaus Tenfelde. – Lauschke, Karl: Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966. Essen 2000. – Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1997.

¹³ Heumos, Peter: Normalisierung und soziale Beschwichtigungsstrategien in der ČSSR. KPTsch-Politik, Gewerkschaften und Arbeiterbewußtsein. In: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hrsg. v. Christoph Boyer und Peter Skyba. Dresden 1999, 119–128. (Berichte und Studien 20. Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung). – Pittaway, Mark: The Social Limits of State Control: Time, the Industrial Wage Relation, and Social Identity in Stalinist Hungary, 1948–1953. *Journal of Historical Sociology* 12 (1999) 3, 271–299.

¹⁴ Siehe die Beiträge zu den USA, Japan, Schweden, Neuseeland, Australien und Spanien. In: *Labor Relations in Advanced Industrial Societies. Issues and Problems*. Hrsg. v. Benjamin Martin und Everett M. Kassalow. Washington – New York 1980. – *Arbeitskampfrecht*. Hrsg. v. Wolfgang Däubler. Baden-Baden 1987. – Ritter, Gerhard A.: *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. München 1991, 176–183.

¹⁵ Gärtner, Manfred: *Arbeitskonflikte in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1989. – *Zur Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Solidarität. Vergleichende Analysen*. Hrsg. v. Friedrich Kübler. Baden-Baden 1984. – Löwisch, Manfred: *Entwicklung des Arbeitskampfrechts in Deutschland und seinen westlichen Nachbarstaaten von 1945 bis zur Gegenwart*. In: *Die Entwicklung des Arbeitskampfrechts in Deutschland und in seinen westlichen Nachbarstaaten, Referate und Diskussionsbeiträge des 4. wissenschaftlichen*

gleichbares gegenüber,¹⁶ obwohl auch dort wegen unzweifelhaft vorhandener kollektiver Arbeitskonflikte Regulierungsbedarf bestand.

Ein zentraler Punkt der Konfliktproblematik ergab sich aus dem von der SED und – etwas später – auch vom FDGB vertretenen Postulat, daß die Partei die Interessen der ganzen Arbeiterklasse wahrnehme und daß Arbeiter, seitdem ein „volkseigener“ Wirtschaftssektor existierte, sinnvollerweise nicht gegen sich selbst streiken könnten. Dies wurde in der SBZ schon 1946 thematisiert, auch daß sich daraus „Konsequenzen für die Gewerkschaften“ ergeben würden.¹⁷ Fraglos stand das traditionelle gewerkschaftliche Verständnis von Interessenvertretung der Arbeiterschaft damit zur Disposition.

Um zu verstehen, wie unsicher die rechtlichen Bedingungen von Arbeitskonflikten wurden, genügt ein Blick auf den Umgang mit dem Streikrecht: Im September 1946 führte der FDGB eine Streik- und Gemaßregelungenunterstützung ein, stellte also offenbar Konflikte in Rechnung.¹⁸ Noch im November 1946 nahm der FDGB-Vorstand eine Streikordnung an, in der es hieß:

Der Streik ist die stärkste Waffe der Gewerkschaftsbewegung zur Vertretung der Interessen zur Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werktätigen, wie sie sich aus den Grundsätzen und Forderungen des FDGB ergeben. Das Streikrecht wird von der Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum und die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Verhältnisse angewandt.¹⁹

Diese Einschränkung war wesentlich. Im Kern ging es, wie Walter Ulbricht in dem Zusammenhang formulierte, um die Änderung der Eigentumsordnung.²⁰ Trotzdem blieb das Zustandekommen einer Streikordnung des FDGB ein bemerkenswerter Vorgang, zumal eine Differenz zu dem am 19. September 1946 vom Parteivorstand der SED gefaßten Beschluß „Die Grundrechte des deutschen Volkes“ bestand. Dort war nämlich von einem Recht auf Arbeit die Rede, nicht jedoch vom Streikrecht.²¹ Dieses fand auch keinen Eingang in den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“, den der Parteivorstand am 14. November

Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte am 7. Dezember 1979 in Hannover. Hrsg. v. Hans Pohl. Wiesbaden 1980, 34–52.

¹⁶ M a m p e l, Siegfried: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht in Mitteldeutschland. Köln 1966. – Zu den in der DDR bestehenden Möglichkeiten der Regelung von Arbeitsrechtsstreitigkeiten: F r e r i c h, Johannes/F r e y, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1993, 123–125.

¹⁷ Protokoll der erweiterten Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes vom 2./3.4.1946. Referat Walter Ulbrichts. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 34, FDGB-BV 6799, unfol.

¹⁸ Beschlüsse der Vorstandssitzung vom 26./27.9.1946. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6800, unfol.

¹⁹ E b e n d a: Entwurf der Streikordnung des FDGB, angenommen auf der Vorstandssitzung vom 28./29.11.1946.

²⁰ E b e n d a Referat Walter Ulbrichts 1 f.

²¹ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Hrsg. v. Parteivorstand der SED. Berlin 1951, Bd. 1, 91–97.

1946 beschloß.²² Der eigenartige Dualismus dürfte darauf zurückzuführen sein, daß SED und FDGB mit Blick auf Westdeutschland, aber auch für den „Hausbedarf“ gegenüber dem privaten Unternehmertum in der SBZ vorläufig nicht prinzipiell am Streikrecht rütteln wollten. Die Streikordnung fand schließlich im Januar 1947 als Anlage Eingang in den Satzungsentwurf des FDGB.²³ Im Artikel 14 der 1949 angenommenen DDR-Verfassung hieß es dann:

Das Recht, Vereinigungen zur Förderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzugehören, ist für jedermann gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig und verboten. Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet.²⁴

Doch schon in dem am 19. April 1950 von der Provisorischen Volkskammer angenommenen „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten“ fehlte dieser Punkt.²⁵ Mit dem Hinweis, daß der FDGB die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten zu vertreten habe, waren grundsätzliche Positionen des sozialistischen Arbeitsrechts abgesteckt.²⁶ Für die weitere Diskussion nicht unerheblich, fand bereits hier das Postulat von der Übereinstimmung gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen seinen Niederschlag.²⁷ Das Hauptargument lautete, daß der Staat und die staatlichen Unternehmen unter der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse keine anderen Interessen haben könnten als die Arbeiter selbst.

Von hier war es nur noch ein kleiner Schritt, bis sich die FDGB-Führung mehrheitlich – nach heftigen inneren Auseinandersetzungen – auf dem 3. Bundeskongreß 1950 in Berlin definitiv zur politischen Unterordnung unter die SED bekannte.²⁸ Diese Position schloß auch den Verzicht auf Arbeitskämpfe im allgemeinen und Streiks im besonderen ein. Trotzdem blieb das Streikrecht bis 1968 in der Verfassung der DDR festgeschrieben. Erst im Text der neuen, am 8. April 1968 in Kraft getretenen Verfassung kam es nicht mehr vor. Allerdings nahmen nach dem schon erwähnten Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 auch die später folgenden Arbeitsgesetze der DDR keinen Bezug mehr auf ein Streikrecht; sie enthielten jedoch auch kein ausdrückliches Streikverbot.²⁹

²² Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik. Beschluß einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 14. November 1946 in Berlin. In: Einheit 1 (1946) 7 (Sonderbeilage) 14.

²³ Satzungsentwurf des FDGB vom 8.1.1947. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6801, unfol.

²⁴ Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Amt für Information der Regierung der DDR, o. O. u. J., 13.

²⁵ Das Grundgesetz der Arbeit. Wortlaut des Gesetzes und Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. o. O. u. J., 29 (Dokumente der DDR 7).

²⁶ Ausführlicher dazu Mampel: Arbeitsverfassung. – Rütters, Bernd: Arbeitsrecht und politisches System. Frankfurt/M. 1973.

²⁷ Kunz, Friedrich u. a.: Sozialistisches Arbeitsrecht – Instrument zur Verwirklichung der Einheit von gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen. Berlin 1980.

²⁸ Protokoll des 3. Kongresses des FDGB. Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB. Berlin 1950, 521–540.

²⁹ Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1961. Ber-

Die Wirkungen dieser Konstellation zeigten sich bereits 1950, als eine Verordnung über Betriebskollektivverträge (BKV)³⁰ zu heftigen Kontroversen führte. Die Konfliktstruktur des 17. Juni 1953 zeichnete sich darin zumindest partiell schon ab: Große Teile der Arbeiterschaft befürchteten Normenerhöhungen und Lohnminderungen. Auf diesem sensiblen Gebiet entstanden in den folgenden nahezu vier Jahrzehnten ein Großteil der Arbeitskonflikte.³¹ Allerdings mündeten die wenigsten von ihnen in Streiks. Hieran hatte nicht nur die unzweifelhaft vorhandene Repressionsangst Anteil, sondern auch das im April 1953 geschaffene Instrument der Konfliktkommissionen.³² Diese waren seit 1953, wahrscheinlich nach dem Vorbild der 1928 in der UdSSR entstandenen Schlichtungskommissionen, zu einem wichtigen Faktor im arbeitsrechtlichen Konfliktlösungsmechanismus geworden.³³ Ende der achtziger Jahre existierten in der DDR nahezu 30 000 solcher Konfliktkommissionen mit rund 250 000 Mitgliedern.³⁴ Diese in den Betrieben angesiedelten Gremien trugen in einer recht flexiblen Weise zur Entschärfung oder Lösung arbeitsrechtlicher Konflikte bei. Vor diesem Hintergrund erscheinen Arbeitsniederlegungen in einem dramatischeren Licht. Im Gegensatz zu den vor Gericht oder vor den Konfliktkommissionen ausgetragenen Arbeitsrechtsstreitigkeiten waren sie keine alltäglichen Ereignisse.

Zwei Konfliktbeispiele

Im folgenden sollen zwei solcher Konflikte, bei denen es zu Arbeitsniederlegungen gekommen war, genauer betrachtet werden. Ihr Verlauf läßt deutliche Strukturen erkennen. Der erste Fall ereignete sich im Steinkohlenbergwerk Oelsnitz. Dort hatte am 23. September 1961 eine Bergarbeiterbrigade die Arbeit niedergelegt. In einem Bericht der Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED stellte sich der Vorgang so dar:

Am Sonnabend trat in der Nachmittagsschicht um 18 Uhr ein Hauerkollektiv von 6 Personen in den Streik. Der Steiger A. ging zu diesem Zeitpunkt in diese Brigade, um eine neue Norm festzulegen. Diese Norm wurde 3 Tage vorher mit dem Brigadeführer zusammen ausgearbeitet

lin 1961. Dazu auch das zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzbuches der Arbeit vom 23. 11. 1966. In: Gesetzblatt der DDR (Gbl. DDR) I, Nr. 15/1966, 111–124) und das Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. 6. 1977 (Gbl. DDR I, Nr. 18/1977, 185–227; Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit Einführungsgesetz. Textausgabe. Berlin 1977).

³⁰ Verordnung über Betriebskollektivverträge (BKV). In: Gbl. DDR Nr. 66/1950, 493.

³¹ Auseinandersetzungen um Löhne, Gehälter und sonstige Vergütungen bildeten bis zum Ende der DDR einen der größten Posten unter den vor Gericht verhandelten Arbeitsrechtssachen. Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB DDR) 1988. Berlin 1988, 400.

³² Verordnung über die Bildung von Kommissionen zur Beseitigung von Arbeitsstreitfällen (Konfliktkommissionen) in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und in den Verwaltungen (KKVO) vom 30. April 1953. In: Gbl. DDR Nr. 83/1953, 695–698.

³³ Thiel, Wera: Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung. Opladen 1997, 89.

³⁴ StJB DDR 1988, 410.

und vom Brigadeführer unterschrieben. Die Brigade weigerte sich, nach dieser Norm zu arbeiten und verließ den Arbeitsort, um auszufahren.³⁵

Dazu sollte man wissen, daß die durchschnittliche Normerfüllung der Brigade im September immerhin bei 180,2 Prozent lag. Der Bericht erwähnt weiter, daß die Brigademitglieder am folgenden Montag „zu einer Aussprache geladen“ worden seien, in der ihnen „von Vertretern der Werkleitung, Parteileitung und BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung) die Schädlichkeit ihrer Handlungsweise klargemacht wurde.“ Alle sechs hätten daraufhin ihre Handlung bereut und erklärt, „daß sie sich der Tragweite nicht bewußt waren“. Durch zusätzliche Produktionsverpflichtungen wollten sie „ihre Fehler wettmachen.“ So kompromißlos der Bericht der ZK-Leute klang, so überraschend war das Ergebnis: Nach nochmaliger Überprüfung der Norm errechnete die Brigade 10,2 m³ pro Schicht und erklärte sich danach sofort mit den am Sonnabend verlangten 8,5 m³ einverstanden.

Dieser Ausgang verdient nähere Betrachtung: Im Ergebnis eines Disziplinarverfahrens erhielt die Brigade einen Verweis, und ihre Untertageprämie wurde wegen Störung des Produktionsablaufes reduziert. Der Verlust war nicht erheblich und wurde letztlich dadurch kompensiert, daß die Werkleitung offenkundige Leistungsreserven akzeptierte. Andererseits bemühte man sich um politische Prophylaxe. Der ZK-Bericht erwähnte, daß der seit 1948 im Werk beschäftigte Brigadier und Wortführer schon mehrfach „negativ“ aufgefallen und 1957 aus der SED ausgeschlossen worden sei. Deshalb halte man nach dem Streik die Einsetzung eines neuen Brigadiers und die Verstärkung der Brigade durch SED-Mitglieder für erforderlich. Es handelte sich hier um eine für die Zeit nach 1953 geradezu charakteristische Zwei-Komponenten-Lösung: Konfliktentschärfung durch lohn- und normenpolitische Flexibilität wurde mit einem politischen Signal verbunden, das unschwer als Drohgebärde zu verstehen war.

Wenn diese Arbeitsniederlegung relativ moderat endete, war das zwar keine seltene Ausnahme, doch konnte ein solcher Verlauf auch nicht als sichere Regel gelten. Das zweite Beispiel aus dem Büromaschinenwerk Sömmerda zeigt das: Dort hatten im Mai 1960 einige Arbeiter der mechanischen Werkstatt wegen schwieriger Arbeitsbedingungen eine höhere Schmutzzulage verlangt, außerdem forderten sie wegen der besonders großen Lärmbelastigungen sechs statt der bisher gewährten drei Tage Sonderurlaub. Bei diesen rein sozialen Punkten blieb es aber nicht. Die Arbeiter stellten offenbar einen Zusammenhang zwischen der Erfüllung dieser Forderungen und ihrer Loyalität gegenüber der SED-Politik her.³⁶ Als die Betriebsleitung ihre Forderungen zurückwies, gaben elf Arbeiter ihre FDGB-Mitgliedsbücher an den Gewerkschaftsvertrauensmann zurück, um so zu demonstrieren, daß sie ihre Interessen durch die Gewerkschaft nicht vertreten sahen. Der Vorgang wurde zum Ausgangspunkt für einen massiven Einsatz von rund 30 Partei- und Gewerkschaftsfunktionären in der Abteilung. Diese Taktik war nicht ungewöhnlich. Die Quellen

³⁵ Bericht der Abt. Grundstoffindustrie des ZK der SED über einen Streik im Steinkohlenwerk Oelsnitz am 23.9.1961, v. 26.9.1961. SAPMO-BA, DY 30, 2/603/50, unfol.

³⁶ Protokoll der 4. BV-Tagung, 24./25.5.1960. Diskussionsbeitrag des stellv. Vorsitzenden des FDGB-Bezirksvorstandes Erfurt, 89-92. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6868, unfol.

berichten relativ häufig über Versuche, Arbeiter und Angestellte weniger durch die Kraft der Argumente als vielmehr durch deren Quantität bzw. durch extensiv ausgedehnte Diskussionen zum Nachgeben zu veranlassen.

Zunächst ging es um die Isolation der Wortführer. Wenigstens einen Teil der Belegschaft wollte man zu Distanzierungsgesten bewegen, was in diesem Fall nach dreistündiger Diskussion auch gelang. Danach standen ein Brigadier und ein Einrichter als diejenigen fest, die das Einsammeln der FDGB-Mitgliedsbücher veranlaßt hatten. Beide waren bis dahin so etwas wie Respektspersonen im Kreis ihrer Mitarbeiter. Möglicherweise wurde ihnen gerade das zum Verhängnis: Der Brigadier und der Einrichter seien daraufhin – so der Bericht – aus der Brigade und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Ungesagt blieb, wer das beantragte. Diesem Schritt folgte die fristlose Entlassung beider, „wobei die Sicherheitsorgane dabei noch eine bestimmte Aufgabe zu lösen haben“³⁷, hieß es mit drohendem Unterton. Das Beispiel zeigt, wie schnell ein relativ unbedeutender sozialer Konflikt politisch umzudeuten war. Die Gefahr, politischen Vorwürfen ausgesetzt zu werden, über deren Folgen sich nur spekulieren ließ, dürfte im geschilderten Falle die Arbeiter zum Nachgeben veranlaßt haben.

Trotz aller Unterschiede, die in den Voraussetzungen, im Umfang, in Abläufen und Ergebnissen von Arbeitskonflikten zu beobachten sind, gab es wohl eine Art Standardkonstellation, die in vielfältigen Varianten immer wieder ähnliche Grundstrukturen aufscheinen ließ. Es waren zumeist kleinere Arbeitsgruppen, die auf gegebene Anlässe zumeist kurzfristig und spontan mit Arbeitsniederlegungen reagierten. Selten waren Streiks mit mehr als hundert Beteiligten. Doch auch sie hatten – soweit es die Quellen erkennen lassen – ihren Ausgangspunkt in einzelnen, kleineren Betriebsabteilungen oder Arbeitsgruppen.³⁸

In Berichten über derartige Konflikte treten oft übereinstimmende Merkmale des Konfliktverlaufs hervor. Arbeitskonflikte entzündeten sich zumeist an Lohn- und Normenfragen; mit deutlichem Abstand folgten Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen. Generell ist eine Priorität solcher Probleme, die direkt mit dem Arbeitseinkommen zusammenhängen. Arbeitsniederlegungen erstreckten sich in der Regel auf Beschäftigtengruppen, in denen man sich untereinander kannte. Zweifellos bedurfte es beim Umschlag vom Diskutieren zum Handeln wenn schon nicht akzeptierter Führungspersönlichkeiten, so doch einzelner Arbeiter, deren Meinung in der jeweiligen Arbeitsgruppe oder Brigade etwas galt und die andere in ihrer Entscheidung zu beeinflussen vermochten. Die Zustimmung zu einem Streik, dessen Risiken den Beteiligten in der Regel bewußt waren, dürfte durch den zumeist rein sozialen und sehr oft auch betont defensiven Charakter der Forderungen erleichtert worden sein. Überhaupt scheint die einem Arbeitskonflikt vorgelagerte Hemmschwelle im allgemeinen recht hoch gelegen zu haben. Freilich sank sie dann, wenn – was häufiger vorkam – „Alkoholgenuß als Ausgangspunkt für Arbeitsnieder-

³⁷ Ebenda 91.

³⁸ Aufstellung besonderer Vorkommnisse im Jahre 1961. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 22/184/5034, unfol.

legungen“ eine Rolle spielte.³⁹ In diesem Punkt hat sich im Verlauf der modernen Industriegeschichte wenig geändert.⁴⁰

Daß die Mehrheit der Arbeiter im Konfliktfall recht vorsichtig agierte, schien nicht so sehr auf die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes zurückzugehen, als vielmehr auf die Furcht vor politischer Repression.⁴¹ Diese Vorsicht ließ es offenbar auch ratsam erscheinen, nach Möglichkeit keine einzelnen Personen als Streik- oder Wortführer zu exponieren. In den beiden vorgestellten Beispielen gelang das nicht, doch zeigt deren Ausgang, wie wichtig dieser Aspekt war.

Ein Versuch, die Verläufe von Arbeitskonflikten bis hin zu Streiks anhand weitgehend übereinstimmender Merkmale zu stilisieren, muß unvermeidlich problematisch bleiben. Mit allem Vorbehalt ließen sich dabei vielleicht die folgenden Stationen markieren:

1. Als Ausgangspunkt war üblicherweise eine gravierende Interessendifferenz festzustellen, wobei es besonders um Löhne, Normen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen ging. Offensive Forderungen waren eher selten; zumeist ging es um die Abwehr drohender sozialer Verschlechterung.

2. Diskussionen darüber fanden zunächst im engsten Kreis der betroffenen Arbeiter statt und bildeten das eigentliche Forum, in dem Forderungen formuliert wurden, die man an die Betriebsleitung herantragen konnte. In manchen Situationen traten Sprecher auf, oft die Arbeitsgruppen- oder Brigadeleiter. Vielfach waren die Arbeiter jedoch auch um ein kollektives Auftreten bemüht, um keinen einzelnen zu exponieren.

3. Beschwerden und Proteste wurden zunächst und zumeist erst an die unmittelbaren Vorgesetzten gerichtet, also an die Meister oder Abteilungsleiter. Bei diesen mischten sich erkennbar Sympathie und Indifferenz, was wohl auch auf einen beträchtlichen Teil von betrieblichen Basisfunktionären der SED und des FDGB zutraf.

4. Über die unmittelbaren Vorgesetzten, die in der Regel eine nicht unproblematische Zwischenstellung zwischen Arbeitern und Leitungen einnahmen, wurden die Forderungen normalerweise an die Werkleitung, die BGL und die Parteileitung weitergegeben. Diese bemühten sich zumeist gemeinsam um eine überzeugende Reaktion, oft in Form einer Gegenargumentation.

5. Wurde erkennbar, daß die Forderungen nicht oder zu großen Teilen nicht erfüllt werden würden, konnte das der Zeitpunkt sein, an dem sich Arbeiter zu spontanem Protest, mitunter auch zu Arbeitsniederlegungen entschlossen. Das geschah gewöhnlich in der Absicht, weitere Gespräche mit der Betriebsleitung zu erzwingen. In dieser Phase wurde nicht selten auf beiden Seiten eine gewisse Konzeptions-

³⁹ E b e n d a.

⁴⁰ L ü d t k e, Alf: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*. Hamburg 1993, 98 f.

⁴¹ Wie sich eine solche Furcht unter dem Eindruck offener politischer Repression aufbauen konnte, zeigt z.B. ein Zeitzeugenbericht, den Dagmar Semmelmann dokumentierte. Semmelmann: *Zeitzeugen* 37–41.

losigkeit sichtbar, die sich durchaus zugunsten pragmatischer Lösungen auswirken konnte.

6. Zu Verhandlungen im eigentlichen Sinne kam es dabei nicht. Oft wurden Versammlungen einberufen, auf denen die Argumente ausgetauscht oder mehr noch gegeneinander vorgetragen wurden. Zumeist reagierten die Werkleitungen mit abweigelnden Angeboten. Ihr Hauptaugenmerk galt üblicherweise der schnellen Wiederaufnahme der Arbeit, oft unter der Zusicherung, daß keine Einkommenseinbußen eintreten würden. So etwa lautete die vielleicht geläufigste Kompromißformel. Bei ihrer Anwendung griff man auf betriebliche Mittel zurück, auch um den Konflikt möglichst intern zu lösen. Beide Seiten blieben nach Möglichkeit um eine Entpolitisierung des Konflikts bemüht, wenngleich übergeordnete Instanzen in der Analyse der Vorgänge zu einer um so heftigeren Politisierung neigten.

7. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte, soweit zu erkennen ist, zumeist – aber eben nicht immer – unter der Zusage, keine Sanktionen gegen die Streikenden zu verhängen. Umgekehrt, so läßt sich auch beobachten, kam es im Anschluß an Arbeitsniederlegungen mitunter zu Loyalitätsgesten, indem Arbeiter sich beispielsweise zu Mehrleistungen verpflichteten.

So oder ähnlich dürfte der in jedem Fall schwer zu kalkulierende „Normalverlauf“ von Arbeitskonflikten, darunter auch Streiks, ausgesehen haben. Erkennbar dominierte die Absicht, strittige Punkte im Rahmen eines innerbetrieblichen Arrangements zu regeln. Im eigenen Interesse suchten gewöhnlich auch Betriebsleitungen, BGL und Betriebsfunktionäre der SED möglichst nach internen Regelungen. Sie wußten, daß Arbeitskonflikte regelmäßig in eine auch für sie gefährliche Eigendynamik gerieten, wenn sich ihrer erst einmal politische Funktionäre aus den hauptamtlichen Apparaten annahmen. Allerdings erwiesen sich Mängel in der fachlichen und Führungsqualifikation vieler Betriebsfunktionäre als kontraproduktiver Faktor von beachtlichem Gewicht, was die Intervention von außen geradezu provozierte.⁴² Es wäre eine weiter zu verfolgende Frage, ob die auch in DDR-Betrieben vorhandene „Kragenlinie“ von den übergeordneten Gremien gezielt als soziale Sollbruchstelle genutzt wurde, um aufkommende Konflikte auf niedriger Ebene zu kanalisieren und zu entpolitisieren.⁴³

Ein Kompetenzdefizit im betrieblichen Leitungsbereich, das allerdings im Verlaufe der sechziger Jahre verringert werden konnte,⁴⁴ hatte wichtige Nebenwirkungen: Viele Funktionäre mieden den direkten Kontakt mit Arbeitern oder

⁴² Material der Arbeit einer ZK-Brigade zur Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn und die sich daraus ergebenden Vorschläge in den 18 Maschinenbaubetrieben von Karl-Marx-Stadt 1958, undat. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 45/150/6132, unfol.

⁴³ Ausführlicher dazu Hübner, Peter: Um Kopf und Kragen. Zur Geschichte der innerbetrieblichen Hierarchien im Konstituierungsprozeß der DDR-Gesellschaft. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993) 33, 210–232.

⁴⁴ Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 17. bis 22. April 1967 in der Werner Seelenbinder-Halle zu Berlin. Beschlüsse und Dokumente. Berlin 1967, Bd. 4, 222–225.

begrenzten ihn etwa auf Aktivisten oder Arbeiter, die der SED nahestanden oder ihr angehörten, auf jeden Fall auf solche, die als loyal gelten konnten.⁴⁵ Es dürfte kein Einzelfall gewesen sein, wenn die im Kraftwerk Zschornowitz (Bezirk Halle) beschäftigten Arbeiter weder den Betriebsleiter noch den Parteisekretär kannten.⁴⁶ Die häufige Kritik der SED-Führung am Distanzverhalten der Betriebsfunktionäre bestätigte, daß es sich um eine verbreitete Erscheinung handelte, die einerseits Konfliktprophylaxe behinderte, andererseits aber auch an der Basis Handlungsspielräume entstehen ließ.⁴⁷

Alternative Konfliktvarianten

Besonders seit Ende der fünfziger Jahre erlangten Arbeitsgruppen, vor allem Arbeitsbrigaden, eine gewichtigere innerbetriebliche Position. Sie verfügten durch ihren unmittelbaren Einfluß auf den Arbeitsprozeß und damit auf die Planerfüllung über ein höchst wirksames Instrument, um in Detailfragen – nicht in Grundsatzfragen – Betriebsleitungen zu Arrangements drängen zu können. Zu den Voraussetzungen gehörte allerdings, daß Forderungen im möglichst regimiekonformen, mindestens aber unpolitischen Gestus vorgetragen wurden. Aus Arbeitsbrigaden heraus fiel das leichter, galten sie doch an sich schon als „fortschrittlich“. Die SED-Partei- oder FDGB-Gewerkschaftsgruppen spielten, soweit es die Quellen erkennen lassen, in Industriebetrieben eine weit geringere Rolle als diese Brigaden. Im Verlaufe und besonders seit Ende der fünfziger Jahre wandelte sich ein Teil der Arbeitsbrigaden über ihre eigentliche Funktion hinaus zu Substrukturen, die Interessenvertretung in eigener Sache praktizierten und damit dem FDGB massiv in die Quere kamen.⁴⁸ Die heftigen Auseinandersetzungen um die Bildung von Brigaderäten und um den sogenannten „Syndikalismus“ verdeutlichten das politische Gewicht dieser Entwicklung.⁴⁹ Allerdings ist das Problem durch die SED aus politischen Gründen zeitweise auch aufgebauscht worden. Die „Verhandlungsmacht“ von Brigadetretern gegenüber der Betriebsleitung, einschließlich der betrieblichen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, reichte nicht zu förmlichen Aushandlungsprozessen. Meist ging es einfach um das Vortragen von Beschwerden oder Forderungen, manchmal auch um ein „Auskungeln“ von Lösungen, immer aber um etwas, was

⁴⁵ Protokoll der 21. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 2.–4. 12. 1955. Diskussionsbeitrag Gerhart Ziller, 64/2. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6834, unfol.

⁴⁶ SAPMO-BA, DY 30, IV 2/603/59, unpag.: Bürovorlage der Abt. Wirtschaft der SED-Bezirksleitung Halle v. 7.3.1960.

⁴⁷ Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 6. bis 7. Verhandlungstag. Berlin 1959, Bd. 2, 890.

⁴⁸ Roesler, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt? In: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. v. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Z w a h r. Stuttgart 1994, 144–170.

⁴⁹ Klinger, Fred: Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ im Kontext der „Syndikalismus“-Kritik. In: Der X. Parteitag der SED. 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz. 14. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9.–12. Juni 1981. Köln 1980, 75–86.

man unter sich ausmachen wollte und wofür es im Grunde keine Regeln gab. Es waren kleinräumige Einzelkompromisse, die auf solche Weise zustande kamen.⁵⁰ Nicht zu übersehen ist aber auch, daß die meisten Arbeiter bzw. Arbeitsgruppen ihren Wünschen schon unterhalb der Konfliktschwelle durch „Arbeitszurückhaltung“ beträchtlich Nachdruck verleihen konnten.⁵¹ Immerhin setzen gerade Brigaden auf diesem Wege „Sonderrechte“ durch, die ihnen günstigere Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen sowie bessere Zugriffsmöglichkeiten auf soziale Leistungen garantierten. An diesem Erfolg dürfte auch das „Meckern“ seinen Anteil gehabt haben, das nachhaltig auf das Betriebsklima durchschlagen konnte. Mary Fulbrook spricht wohl berechtigt von einer „verbreitete[n] Mentalität von ‚Anpassung und Meckern‘“.⁵² Nicht unbegründet wurde auch von einer „mißmutigen Loyalität“⁵³ gesprochen.

In der Industriearbeiterschaft wurde die seit 1949/50 offiziell favorisierte Brigadestruktur nach einigem Zögern als Gelegenheit begriffen, vor allem soziale Interessen im systemkonformen Gewand zu artikulieren. Eben weil die Interessenlagen der Industriearbeiterschaft stark von täglicher Lebensbewältigung und kurz- bis mittelfristig disponiertem „Durchkommen“ bestimmt waren, ergab sich ein relativ günstiger Ansatz zur Konfliktregulierung im innerbetrieblichen Raum. Auf der Skala der politischen Reaktionsmöglichkeiten auf Arbeitskonflikte verschob sich der Schwerpunkt seit Mitte der fünfziger Jahre in die Richtung „vopolitischer“ Kompromißlösungen. Traditionale Werthaltungen und mentale Dispositionen dürften diese Entwicklung begünstigt haben.⁵⁴ Die Tendenzwende in der Frage der Arbeitskonflikte war um 1960 im wesentlichen vollzogen. Symptomatisch für den Versuch, Spannungen zwischen Regime und Arbeiterschaft abzubauen, plädierte das FDGB-Präsidium im Januar 1960 dafür, Arbeitskonflikte zu entschärfen und Arbeiter nicht als politische Gegner erscheinen zu lassen. Mängel in der Arbeitsorganisation, bürokratisches Verhalten von Wirtschaftsfunktionären und Administratoren, besonders auf dem Gebiet der Löhne und Normen, wurden als Konfliktgründe benannt. Erst diese hätten Arbeiter, deren Klassenbewußtsein noch ungenügend entwickelt sei, zu Arbeitsniederlegungen verleitet. Es komme auf eine schnelle Beilegung solcher Konflikte an, „weil sie von den Klassenfeinden gegen die Interessen der Arbeiterklasse ausgenutzt werden.“⁵⁵

⁵⁰ Hübner, Peter: Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft. *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 19 (1993) 1, 15–28.

⁵¹ Ebenda 193–196.

⁵² Fulbrook, Mary: Herrschaft, Gehorsam und Verweigerung – Die DDR als Diktatur. In: *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*. Hrsg. v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994, 80.

⁵³ Lüdtke, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: *Sozialgeschichte der DDR*. Hrsg. v. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zahr. 188–213.

⁵⁴ Campbell, Joan: *German Work: The National Debate 1800–1945*. Princeton 1989. – Fulbrook, Mary: *A Concise History of Germany*. Cambridge 1990.

⁵⁵ Protokoll der 2. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 27.–29. 1. 1960. Bericht des Präsidiums. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6865, unfol.

Unter solchen Voraussetzungen ging die Zahl der registrierten Arbeitsniederlegungen zurück. Allerdings ist anzunehmen, daß die im Dunkeln bleibende Gesamtziffer nicht gleich schnell sank. Für das Jahr 1960 etwa ist in den Akten des FDGB von 166 Streiks die Rede, doch wußte man im Bundesvorstand, daß dies „längst nicht alle“ waren.⁵⁶ Die Schwerpunkte der Arbeitskonflikte lagen in der Bauwirtschaft sowie in der Metall- und Textilindustrie, allerdings außerhalb der industriellen Kernbereiche. Das glich der Konfliktverteilung unter nationalsozialistischen Bedingungen.⁵⁷ Als Ursachen wurden fast immer Fehler in der Leitung, nur selten überspitzte Forderungen der Beschäftigten genannt.⁵⁸ Diese Interpretation bot den Funktionseliten des Regimes die Möglichkeit, solche Konflikte auf innerbetriebliche Fehler oder Mißverständnisse zurückführen zu können und sie auf diese Weise zu entpolitisieren. Zugleich ergab sich daraus für Arbeiter und Betriebsleitungen die Gelegenheit, mit betrieblichen Mitteln nach einem Interessenausgleich zu suchen. Auch in dieser Hinsicht gab es Ähnlichkeiten mit einer Tendenz zur „Tarifpolitik auf eigene Faust“, wie sie während der NS-Zeit zu beobachten war.⁵⁹ Alles das blieb freilich unformalisiert, schlecht berechenbar und risikobehaftet. Ein Vergleich der Ursachen und Anlässe von Arbeitskonflikten zeigt auch, daß diese sich im Dritten Reich und in der DDR kaum voneinander unterschieden. Auseinandersetzungen um Löhne und danach um Arbeitsbedingungen standen jeweils im Vordergrund.⁶⁰

Seit den sechziger Jahren nahmen Zahl und Intensität solcher Konflikte ab. Ein erster Grund lag im Bemühen der SED-Führung, Konflikte möglichst nicht als Konflikte erscheinen zu lassen. Ein zweiter Grund war in der erwähnten stärkeren Position der Arbeitsbrigaden zu suchen. Der dritte Grund ergab sich aus der zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher Umverteilungsprozesse auf die betriebliche Ebene. Besonders Großbetriebe wurden zu wichtigen Trägern der Sozialpolitik. Dadurch verfügten Betriebsleitungen über Manövierräume und Ressourcen, die zum Austarieren sozialer Spannungen geeignet waren.⁶¹ Die Möglichkeiten erstreckten sich von Geld- und Sachprämien über Sonderversorgungen außerhalb des öffentlichen Handels bis hin zu internen Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen und zur Versorgung mit Werkswohnungen. Während man in der Zeit der Wirtschaftsreform („Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ bzw. „Ökonomisches System des Sozialismus“) bestrebt war, diese Ent-

⁵⁶ Protokoll der 7. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 1.–2.3.1961. Schlußwort Herbert Warnkes, 206. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6872, unfol.

⁵⁷ Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37 Frankfurt/M. 1993, 250–262, 411–460. (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 546).

⁵⁸ Protokoll der 7. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 1.–2.3.1961. Schlußwort Herbert Warnkes, 207. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6872, unfol.

⁵⁹ Peukert, Detlev: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln 1982, 134.

⁶⁰ Morsch, Günter: Streik im „Dritten Reich“. VfZ 36 (1988) H. 4, 649–689, hier bes. 687.

⁶¹ Frerich/Frey: Handbuch Bd. 2, 79–89.

wicklung mittels eines Kultur- und Sozialfonds an die betriebliche Leistung zu koppeln, kam nach dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker ein neues sozialpolitisches Konzept der SED ins Spiel, das in hohem Maße auf soziale Befriedung setzte.⁶² Auf ihre Art konfliktthemmend wirkte aber auch über den gesamten hier betrachteten Zeitraum hinweg die permanente Repressionsdrohung durch das SED-Regime. Diese Drohung war zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark, blieb aber bis 1989 präsent.⁶³ In ihr lag auch ein entscheidender Grund dafür, daß selbst ein unspektakulärer, an sich unpolitischer Konflikt immer, ob ausgesprochen oder unausgesprochen, mit einer politischen Note versehen war.

Kontinuität der Arbeitermilieus

Die im Konfliktverhalten von Industriearbeitern erkennbaren traditionellen Bindungen führen zur Frage nach der Kontinuität in der Arbeitergeschichte. Sie ist gelegentlich als Teil einer „Jahrhundertdebatte“ über die Entwicklung moderner Industriegesellschaften bezeichnet worden.⁶⁴ Genauer betrachtet, erweist sich der Kontinuitätsaspekt als Zugang zum Modernisierungsproblem. In der SBZ/DDR wurde durch die Adaption des sowjetisch-sozialistischen Modells ein seit Jahrzehnten in Gang befindlicher Modernisierungsprozeß abgebremst und vorhandene gesellschaftliche Strukturen teilweise zerstört, durch neue ersetzt, teilweise aber auch konserviert.⁶⁵ Ein Blick auf den Zeitraum zwischen 1945 und Mitte der sechziger Jahre erfaßt im wesentlichen noch Nachkriegs-Arbeitermilieus⁶⁶ mit relativ hohem sozialen, mentalen, kulturellen und lebenspraktischen Beharrungsvermögen. Allerdings entsprachen sie durchaus nicht dem von der SED propagierten Idealbild einer homogenen und traditionsverbundenen Arbeiterklasse. Die noch vorhandenen Kontinuitätslinien ihrer Geschichte wurden schon seit Jahrzehnten von Brechungen und Verwerfungen durchzogen.

Schon in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg war es, wie Gunter Mai formulierte, zur Dekomposition des klassischen Arbeitermilieus und in deren Folge zur nachhaltigen Zersplitterung der Arbeiterbewegung gekommen.

⁶² Boyer, Christoph/Skyba, Peter: Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR. DA 32 (1999) 4, 577–590.

⁶³ Engelmann, Roger: Funktionswandel der Staatssicherheit. In: Boyer/Skyba: Repression 89–97, hier 96 f.

⁶⁴ Mooser, Josef: Einleitung und Auswertung: Kontinuität und Diskontinuität in der Arbeitergeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Arbeiter im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. Stuttgart 1991, 653.

⁶⁵ Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. APZ B-40/1994, 44.

⁶⁶ Das findet sich besonders in lokalen Fallstudien bestätigt. Hofmann, Michael: Die Kohlearbeiter von Espenhain. Zur Enttraditionalisierung eines ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Hrsg. v. Michael Vester, Michael Hofmann und Irene Zierke. Köln 1995, 91–135. – Ders.: Die Leipziger Metallarbeiter. Etappen sozialer Erfahrungsgeschichte. Milieubiographie eines Arbeitermilieus in Leipzig. In: Ebenda 136–192.

Damit sei, so Mai, ein Verlust an Klassenerfahrung und Klassensolidarität einhergegangen, der das Eindringen des Nationalsozialismus in die Arbeiterschaft begünstigt habe.⁶⁷ Während des Krieges und unmittelbar danach verursachten Arbeitseinsatzpolitik, Menschenverluste, Flucht und Vertreibung erhebliche soziale Umschichtungen, auch in den Arbeitermilieus. Insgesamt aber ging der zwischen 1918 und 1945 in mehreren Phasen ablaufende und in den einzelnen Teilen der deutschen Gesellschaft unterschiedlich intensive Modernisierungsschub⁶⁸ nicht so tief, daß er diese Milieus hätte völlig umpflügen können. Sie brachen zwar auf, bestanden aber mit ihren noch deutlichen Herkunftsmerkmalen fort.⁶⁹ Vor allem das traditionsverwurzelte Arbeitermilieu erwies sich als modernisierungsresistent.⁷⁰

Kriegsverluste sowie die demographischen Auswirkungen von Flucht und Vertreibung sorgten in der SBZ/DDR für ein rasches Ansteigen der Frauenerwerbsquote. Diese Tendenz wurde durch eine bis zum August 1961 anhaltende massive Fluchtbewegung zusätzlich verstärkt. Besonders der Weggang jüngerer qualifizierter männlicher Fachkräfte wurde für die DDR-Wirtschaft zum Problem.⁷¹ Eine Abwanderung älterer Arbeiter erfolgte nicht in gleich starkem Maße. Im Hinblick auf die Konfliktfähigkeit der Arbeiterschaft bedeutete dies, daß mit den Verlusten an jüngeren Arbeitern die typische Spitzenformation schwächer wurde, die sich in Arbeitsstreitigkeiten exponierte. Ältere Arbeiter und die in wachsender Zahl erwerbstätiger Frauen neigten eher zum Konsens und zu Kompromißlösungen. Auf diese Entwicklung reagierte auch der FDGB, der bislang immer wieder Produktionskampagnen inszeniert hatte, mit einem gemäßigeren Stil. Er geriet, wie Ulrich Gill es formulierte, aus den „wildem“ fünfziger Jahren in die „apathischen“ sechziger, siebziger und achtziger Jahre.⁷²

Dieser Befund sagt freilich noch nicht viel über die Stabilität der in der DDR existierenden Arbeitermilieus. In ihnen lebten Menschen, „die ähnliche Lebenslagen mit ähnlichen Ethiken alltäglicher Lebensführung bewältigen (und sich darin von wiederum anderen Milieus mit anderen Lagen und Ethiken abgrenzen).“⁷³ Nach Michael Hofmann und Dieter Rink existierten in der DDR mit der traditions-

⁶⁷ Mai, Gunter: Arbeitsplatz und Arbeitsorganisation 1918 bis 1939. Einleitung und Auswertung. – Arbeiter im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Tenfelde 28.

⁶⁸ Für den Zeitrahmen 1918 bis 1945 plädiert z.B. Mommsen, Hans: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung. GG 21 (1995) 3, 393.

⁶⁹ Zur Entwicklung in der Bundesrepublik Mooser, Josef: Abschied von der „Proletarität“ Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive. In: Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Hrsg. v. Werner Conze und M. Rainer Lepsius. Stuttgart 1986, 143–186.

⁷⁰ Soziale Milieus in Ostdeutschland. Hrsg. v. Vester, Hofmann und Zierke 15.

⁷¹ Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994, 52, 187.

⁷² Gill, Ulrich: Bergbau, Energie, Chemie und Leder in der DDR zwischen 1950 und der deutschen Vereinigung. In: Ein neues Band der Solidarität. Chemie-Bergbau-Leder. Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. Hannover 1997, 189 und 198.

⁷³ Vester, Michael: Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland. In: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Hrsg. v. Vester, Hofmann und Zierke 11.

bewußten Facharbeiterschaft und der Klientel moderner Großbetriebe zwei große Arbeitermilieus. Ersteres sei ein „berufs- und traditionsorientiertes Facharbeitermilieu“, das zweite ein „paternalistisch orientiertes Arbeitermilieu“ gewesen.⁷⁴ Beide, befördert auch durch die allmähliche Feminisierung der Arbeiterschaft und deren steigendem Altersdurchschnitt, wirkten eher als konservierendes Element im sozialen Wandel. Ihre Stabilität resultierte ohne Zweifel aus noch immer starken traditionellen Bindungen. Als sozialer Typus stand der Facharbeiter im Zentrum gesellschaftspolitischer Projektionen und geriet dabei in die Funktion eines Maßstabes für Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen.⁷⁵ Der in den Sozialwissenschaften diskutierte Begriff der „Facharbeitergesellschaft“ erscheint vor diesem Hintergrund durchaus treffend.⁷⁶

Auf Dauer wurde jedoch die Industriestruktur der DDR zum entscheidenden Konservierungsfaktor. Mit ihrer industriellen Strukturpolitik setzte die SED bereits bestehende Entwicklungslinien fort, die auf Modernisierung, zugleich aber auch auf den Ausbau autarker Positionen zielten.⁷⁷ Verstärkt noch durch eine Anlehnung an das sowjetische Industrialisierungsmodell führten sie zur „Hypertrophie der Produktionsmittelindustrien gegenüber den Konsumgüterindustrien.“⁷⁸ Damit mündete der die gesamte Gesellschaft erfassende Gestaltungsanspruch der SED gerade im industriellen Bereich in einen auffälligen Strukturkonservatismus. So entstanden Rahmenbedingungen, in denen sich ein traditionaler Arbeitertypus gut behaupten konnte. Betrachtet man die Palette einiger für die Zeit zwischen 1945 und 1990 typischen Industrieerzeugnisse der DDR, so zeigt sich etwa im Fall der Werkzeug-, Druck- und Büromaschinen, der Kunstfaser- und Filmherstellung, der Zweitaktmotoren und der Braunkohleveredlung ganz klar ein Rückgriff auf Erfindungen, Entwicklungen und Verfahrenstechniken der zwanziger und dreißiger Jahre.⁷⁹ Es gab also gar keinen Anlaß zu gravierenden sozialen Umschichtungen innerhalb der Arbeiterschaft. Dem Konservieren der industriellen Entwicklung entsprachen die Arbeitergestalten in der Ikonographie des SED-Regimes nahezu perfekt.⁸⁰

Doch die Inszenierung der Arbeiterklasse, wie sie die Gesellschaftspolitik der SED bestimmte, folgte nicht nur wirtschaftspolitischen Intentionen.⁸¹ Mindestens

⁷⁴ Hofmann, Michael/Rink, Dieter: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus. Bewältigungsmuster und Handlungsspielräume ostdeutscher Industriearbeiter im Transformationsprozeß. APZ B 26–27/1993, 29–36, hier 31.

⁷⁵ Faulenbach/Leo/Weberskirch: Zweierlei Geschichte 279.

⁷⁶ Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. Opladen 1996, 173.

⁷⁷ Cornelsen, Doris: Die Industriepolitik der DDR. In: Der X. Parteitag der SED, 46–62, hier 54f.

⁷⁸ Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Bd. 3: 1943–1945. Berlin 1996, 673.

⁷⁹ Stokes, Raymond G.: Autarky, ideology and technological lag: the case of the East German chemical industry: 1945–1964. Central European History 28 (1995) 1, 29–45.

⁸⁰ Dohmann, Albrecht u. a.: Bild der Klasse. Die deutsche Arbeiterklasse in der bildenden Kunst. Berlin 1971, Abb. 197, 198, 266.

⁸¹ Hübner, Peter: Arbeiterklasse als Inszenierung? Arbeiter und Gesellschaftspolitik in der SBZ/DDR. In: Die Grenzen der Diktatur. Hrsg. v. Richard Bessel und Ralph Jessen. Göttingen 1996, 199–223.

ebenso wichtig war, daß die Parteiführung mit der Existenz traditioneller Arbeitermilieus einen legitimatorischen Anspruch verband und schon deshalb an der Stabilität dieser Milieus interessiert sein mußte. Hier profitierte die SED davon, daß die Sozialstruktur der Bevölkerung im Gebiet der späteren DDR bereits zwischen den beiden Weltkriegen und noch mehr während des Zweiten Weltkrieges im Vergleich zu anderen deutschen Regionen „proletarischer“ geworden war.⁸² Die Tendenz verstärkte sich durch die soziale Ausdünnung der Mittelschichten während des Zweiten Weltkrieges und nach Kriegsende durch die Aufnahme und Integration von Vertriebenen sowie durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen.⁸³ Hinzu kam nach 1945 infolge von Enteignungen und Entnazifizierung die zwangsweise Proletarisierung von Teilen des Besitzbürgertums und der Großbauernschaft. Gegenüber der Vorkriegszeit ging der Arbeiteranteil unter den Erwerbstätigen in der SBZ und frühen DDR zwar leicht zurück, verharrte aber dann bis zum Ende des „deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates“ auf über 50 Prozent.⁸⁴

Als schwach erwiesen sich die Impulse strukturellen Wandels. Gerade in der Industriebeschäftigung zeigten sich Tendenzen zur einfachen Fortschreibung des Bestehenden und in Teilen zunehmend Überholten.

Berufstätige (ohne Lehrlinge) in den produzierenden Wirtschaftsbereichen (in 1 000)

Jahr	1949	1960	1970	1980	1989
Industrie	1990	2768	2855	3128	3187
Handwerk	630	414	404	259	267
Bauwirtschaft	474	470	538	583	560
Land- und Forstwirtschaft	2242	1304	997	878	923
Verkehr, Post, Fernmeldewesen	448	554	581	613	639
Handel	620	890	858	850	877

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. Berlin 1990, 19.

Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Im Gebiet der späteren DDR hatten die Rüstungsinvestitionen der Nationalsozialisten kräftige Industrialisierungsimpulse erzeugt und die Zahl der Industriearbeitsplätze erhöht. Die dann in der DDR versuchte Arrondierung und Erweiterung des Industriepotentials trieb den Arbeitskräftebedarf weiter in die Höhe.

⁸² Störbeck, Dietrich: Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine soziologische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich. Berlin 1964, 153.

⁸³ Ausschuß der deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Berufszählung (Textteil). Berlin 1953, 30.

⁸⁴ Statistisches Jahrbuch der DDR 1955. Berlin 1956, 26 (berechnet v. Verf.). – Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Hrsg. v. Gunnar Winkler. Berlin 1990, 71.

2. Die zentralisierte Planwirtschaft erzeugte selbst einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften. Wie in der Wirtschaft hohe Lagerbestände typisch wurden, baute man allmählich auch bezahlte Arbeitskräftereserven auf, um bei einer insgesamt unkontinuierlich verlaufenden Produktion die Pläne erfüllen zu können.

3. Die Militarisierung der DDR-Gesellschaft und der Ausbau des Machtapparates der SED führten zu weiteren Belastungen der Arbeitskräfteressourcen, aber auch zu einer erheblichen Agglomeration von Arbeitern im rüstungsrelevanten Bereich.

4. Die Sozialpolitik präferierte den Arbeiterstatus. Arbeiter zu werden oder zu bleiben, bedeutete oft einen Einkommensvorteil gegenüber den Angestellten, ohne daß Arbeiter sich deshalb politisch engagieren mußten.

Peter Alheit sprach in dem Zusammenhang und in Anlehnung an Pierre Bourdieu Konzept vom sozialen Raum, davon, daß dieser in der DDR zwar nicht auf den Kopf gestellt, aber doch nach links gekippt worden sei. Die „Arbeiterklasse“ wurde aufgewertet und erhielt Zugang zum politischen Kapital. Doch diese symbolische Aufwertung und eine Reihe von Privilegien auf der betrieblichen Ebene habe den Zugang zum kulturellen Kapital sogar überflüssig erscheinen lassen. Möglicherweise sei diese Tatsache ein entscheidender Indikator für die mit westlichen Verhältnissen kaum vergleichbare Persistenz der DDR-Arbeitermilieus.⁸⁵

Wenn das zutrifft, spräche manches für die in der neueren Forschung mehrfach geäußerte These, daß sich in diesen Milieus Spuren der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte über Jahrzehnte bis in die 1990 einsetzende Transformationsperiode fortsetzten. So vermutet Michael Hofmann am Beispiel der Leipziger Metallarbeiter ein Weiterbestehen sozialdemokratisch geprägter Arbeitermilieus. Hans-Peter Müller und Manfred Wilke machten im Hinblick auf die neuen Betriebsräte der mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenreviere auf „Resistenzen und Restbestände von Tradition“ aufmerksam.⁸⁷ Ob sich hier wirklich ungebrochene Kontinuitätslinien durchzogen, oder ob es sich um indirekt vermittelte Reminiszenzen handelte, ist nicht einfach zu beantworten. Viele Argumente sprechen für die Annahme, daß eine Kontinuität der Arbeitergeschichte und ihrer sozialen Milieus nicht ohne weiteres zu kappen war. Doch wird man die Beständigkeit der Arbeitermilieus bis zum Ende der DDR kaum aus den unterschiedlichen und konkurrierenden politischen Traditionslinien der Arbeiterbewegungsgeschichte erklären können. Am ehesten spielten diese wohl innerhalb der SED und im FDGB eine Rolle. Für die Allgemeinheit der Arbeiterschaft gehörte aber offenbar die langfristige Betriebsbindung und der industrielle Strukturkonservatismus zu entscheidenden Stabilisierungsfaktoren der Milieus.

⁸⁵ Alheit: Gebrochene Modernisierung, Bd. 1, 41.

⁸⁶ Hofmann: Die Leipziger Metallarbeiter 136 f.

⁸⁷ Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred: Braunkohlepolitik der Steinkohlegewerkschaft. Die Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Vereinigungsprozeß 1990 bis 1994. Berlin 1996, 77.

Milieukontinuität als Stabilitätsproblem

Eine hohe Milieustabilität und die starke Betriebsfixierung der meisten praktischen Lebensabläufe beeinflussten den Verlauf von Arbeitskonflikten, bewirkten aber mehr noch deren Ausbleiben. Das war nicht selbstverständlich. Für das Verhältnis von Arbeiterschaft und SED spielte zwar die fehlende demokratische Legitimation des Regimes eine nicht zu unterschätzende Rolle, doch im Alltag waren es vor allem die Wirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die diese Beziehung bestimmten. Deren Qualität hing erheblich davon ab, ob Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter und Wohnungen in ausreichendem Maße verfügbar waren und wie sich die Einkommen und Preise entwickelten. Hier war eine Linie gezogen, an der die Dispositionsfreiheit der SED endete und wo sie während der gesamten Zeit ihrer Herrschaft unter Druck stand. Neben einer stabilen Versorgung ging es den Arbeitern in der DDR ganz besonders um ein „gerechtes“ Lohnsystem. Sie standen damit in einer ungebrochenen Tradition zu früheren Arbeitergenerationen: Löhne sollten die Lebenshaltungskosten decken, sollten sich an Ausbildung, Erfahrung und Leistung orientieren, nicht gleich, sondern leistungsgerecht sein, und sie sollten nicht sinken.⁸⁸

Die Lohnentwicklung in der DDR folgte diesem Muster im grundsätzlichen, doch gelang es nie, die Einkommen konsequent an Leistung und die Konsumtion an die Akkumulation zu binden. Jegliche Bestrebungen in diese Richtung scheiterten am Widerstand der Arbeiterschaft. Lohnveränderungen konnten angesichts der Erfahrungen des 17. Juni 1953 nur noch über abgestufte Lohnerhöhungen durchgesetzt werden.⁸⁹

Über die Generationen hinweg verband die Arbeiter aber nicht nur der Wunsch nach „gerechtem“ Lohn, einer auskömmlichen Erwerbsarbeit und nach sozialer Absicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Es ging auch um einen als angemessen betrachteten Lebensstil. In gewisser Weise traf auch auf Arbeiter in der DDR zu, was Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde über die Arbeiter im Deutschen Kaiserreich festgestellt haben: In ihrer Mehrheit sehnten sie sich nach „bürgerlichen“ Existenzformen. Darunter verstanden sie „Sicherheit für sich und ihre Kinder, menschenwürdige Behandlung bei der Arbeit, kleinen, aber dauerhaften Besitz, Wohnverhältnisse, in denen zu leben lohnenswert erschien, und Chancen, soviel zu lernen, soviel im Leben zu erreichen wie andere auch“.⁹⁰ Allerdings wichen DDR-Arbeiter unter zwei Aspekten von diesen Optionen ab. Erstens suchten sie den Vergleich nicht mit bürgerlichen Schichten, die nach 1945 ohnehin marginalisiert worden waren. Arbeiter verglichen sich einerseits mit den Angehörigen der sich seit den sechziger Jahren verstärkt selbst reproduzierenden „sozialistischen Dienstklasse“,⁹¹

⁸⁸ Nipperdey, Thomas: *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1991, 306.

⁸⁹ Engler, Wolfgang: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin 1999, 83.

⁹⁰ Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*. Bonn 1992, 838.

⁹¹ Solga, Heike: *Auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*. Berlin 1995, 210.

die „bürgerliche“ Lebensformen adaptierte:⁹² Wohnen im „besseren“ Viertel, individuelle Karriereplanung, das Auto als Statussymbol, die Datsche als Refugium der Privatheit waren Zeichen einer ironischen Wendung des revolutionären Anspruchs. Wenn sich also die sozialen Forderungen und Erwartungen von Arbeitern scheinbar an dieser Dienstklasse maßen, stellten sie indirekt einen „bürgerlichen“ Bezug her. Andererseits hatten sie die Lebensweise und den Lebensstandard der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik vor Augen. Von hierher kamen jene Impulse, die Nachahmungseffekte auslösten. Zweitens verschwand das soziale Aufstiegsmotiv zumindest teilweise. Der Anspruch, daß zumindest die Kinder „es einmal besser haben“ sollten, verlor seinen Reiz in einer Gesellschaft, die nicht nur in sozialer Hinsicht starken nivellierenden Einflüssen ausgesetzt war. Im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ mußte, so spitzt Wolfgang Engler es zu, ein Arbeiter:

[...] nichts sein, um etwas zu werden, nichts werden, um etwas zu sein, denn alles, was er sein und werden konnte, war er bereits: ein anerkanntes Mitglied des Gemeinwesens. Er war ökonomisch unabhängig, existentiell von vornherein gesichert und wußte vom Kampf um soziale Anerkennung nur vom Hörensagen.⁹³

Trotz ihres unkündbaren Platzes im Zentrum der sozialistischen Gesellschaft registrierten Arbeiter aber doch eine Grenze zwischen ihresgleichen und den Eliten des SED-Regimes. Habituell war die „Kragenlinie“ zwar nicht scharf gezogen, zumal Angehörige dieser Eliten oft bewußt auf ein „proletarisches“ Erscheinungsbild Wert legten. Mental spielte sie aber stets eine Rolle. Vor allem von der Arbeiterseite her gezogen, blieb die „Kragenlinie“ genaugenommen eine Stütze der Arbeiteridentität. Zumindes in der Tendenz ist Wolfgang Engler darin zu folgen, wenn er meint, daß Arbeiter sich nicht nur durch ein gefestigtes Gruppenbewußtsein, „sondern auch durch grenzenloses Selbstbewußtsein“ auszeichneten.⁹⁴ Letzteres mag übertrieben erscheinen, doch ist nicht zu verkennen, daß man von der blauen Seite der „Kragenlinie“ durchaus etwas abschätzig auf die weiße Seite blickte. Auch wenn Scharmützel in dieser Konstellation nicht ausblieben, taugte sie nicht als Frontstellung massiver politischer und sozialer Auseinandersetzungen.

Diese relative Ruhe ist teilweise aus dem politischen Kontext der Diktatur mit ihrem stets verfügbaren Repressionspotential zu erklären.⁹⁵ Ein anderer Grund bestand in dem relativ geringen sozialen Gefälle zwischen Arbeiterschaft und Eliten. Der soziale Abstand existierte nicht durchgehend, fiel teilweise auch zugunsten der Arbeiter aus; wo aber die Eliten im Vorteil waren, blieb er zu gering, um soziale Großkonflikte zu nähren.⁹⁶ Nicht nur ideelle Vorteile resultierten für Arbeiter aus

⁹² Ernst, Anna-Sabine: Vom „Du“ zum „Sie“. Die Rezeption der bürgerlichen Anstandsregeln in der DDR der 1950er Jahre. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993) 33, 190–209, hier 203 f.

⁹³ Engler: Die Ostdeutschen 206.

⁹⁴ Ebenda 202.

⁹⁵ Woderich, Rolf: Mentalitäten im Land der kleinen Leute. In: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Hrsg. v. Michael Thomas. Berlin 1992, 76–91.

⁹⁶ Engler: Die Ostdeutschen 194.

dem ideologischen Postulat von der führenden Rolle der Arbeiterklasse, das zwar in erster Linie eine Legitimationsfunktion für die Parteiherrschaft ausübte, in zweiter Linie aber die Grundlage für eine patriarchalisch angelegte Sozialpolitik bot, die Betreuung und Versorgung in den Vordergrund stellte.⁹⁷

In Verbindung mit dem zentralisierten Planungssystem und dem extensiven Industrialisierungskonzept der SED trugen diese Faktoren zu einer immer deutlicheren Arbeits- und Betriebszentrierung der DDR-Gesellschaft bei.⁹⁸ In diesem festgefühten Rahmen blieben Betriebsbelegschaften in ihrer Zusammensetzung langfristig überaus stabil.⁹⁹ Angesichts einer in den fünfziger Jahren schon deutlich nachlassenden sozialen Mobilität innerhalb der DDR-Gesellschaft und der Verfestigung ihrer Segmente wurde die Kohäsionskraft von Betriebsbelegschaften und Arbeitermilieus allerdings auch nicht sonderlich beansprucht. Man kannte sich meist über längere Zeit, arbeitete zusammen, wohnte häufig dicht beieinander und verbrachte nicht selten auch die Freizeit gemeinsam.¹⁰⁰ Diesen Bedingungen entsprach die Struktur der Arbeitsbrigaden bzw. der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“, die einem großen Teil der Arbeiter zwar nach politischen Kampagnen übergestülpt wurde, unter den gegebenen Voraussetzungen allerdings rasch Wurzeln schlug und akzeptiert wurde.¹⁰¹

Die Kontinuitätslinien der Arbeitergeschichte in der DDR gerannen zu einem Bild von trügerischer Idylle. So, wie sie auf ein starkes Zusammengehörigkeits- und Eigenwertgefühl schließen ließen, das auch stabilisierend auf die private Sphäre der Familien ausstrahlte, waren sie andererseits aber auch Bestandteil eines zu Verfestigung und Stagnation tendierenden sozialen und wirtschaftlichen Gesamtprozesses. Daß dessen Akteure der seit den sechziger Jahren immer klarer absehbaren Notwendigkeit eines industriellen Strukturwandels und einer auf Öffnung zu den Weltmärkten hin angelegten Wirtschaftsreform nicht Rechnung zu tragen vermochten, lag in letzter Konsequenz an den „Betriebskosten“ dieser gefährlichen gesellschaftlichen Stabilität. Wenn in der DDR bis 1989 „mehr von einer distinkten Arbeiterklasse“ erhalten blieb als in der Bundesrepublik,¹⁰² stand dahinter ein Modernisierungsdefizit, aber auch ein anderes wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept, zu dem eine permanente soziale Inszenierung von „Arbeiterklasse“ ge-

⁹⁷ Hockerts, Hans-Günter: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR. In: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. v. Kaelble, Kocka und Zwahr 516–544.

⁹⁸ Kohli, Martin: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Ebenda 31–61.

⁹⁹ Hübner, Peter: Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlenrevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre. In: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte. Hrsg. v. Dems. Berlin 1995, 23–59.

¹⁰⁰ Bittner, Regina: Kolonien des Eigensinns: Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion. Frankfurt/M. 1998.

¹⁰¹ Roesler, Jörg: Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950–1989. APZ B 38/97, 3–17.

¹⁰² Kocka, Jürgen: Geschichte und Zukunft der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung. In: Geschichte als Möglichkeit: über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing. Hrsg. v. Karsten Rudolph und Christl Wickert. Essen 1995, 103.

hörte.¹⁰³ Es gab hier einen wechselseitigen Zusammenhang: Während die Stabilität der Arbeitermilieus zugleich der Stabilisierung des Gesamtsystems diene, erforderte ihr Erhalt erhebliche soziale Aufwendungen.¹⁰⁴ Diese Mittel standen nicht für Investitionen zur Verfügung, die für den strukturellen Wandel und die Modernisierung der DDR-Wirtschaft nötig gewesen wären. Auch so wurde die Stabilität der Arbeitermilieus auf eine in der historischen Perspektive höchst problematische Weise geschützt.

Welche Konsequenzen ergaben sich daraus für das Konfliktverhalten der Arbeiterschaft? Aus einer relativ intensiven Beobachtung der sozialen Situation in den Betrieben, deren Ergebnisse vor allem in den archivierten Aktenbeständen des FDGB und des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik dokumentiert sind, entsteht ein recht genaues Bild.¹⁰⁵ Es zeigt zwei Grundzüge: Erstens gab es eine breite Palette mehr oder weniger offensiv vorgetragener Forderungen. Sie betrafen vor allem Löhne, Arbeitszeit, Versorgungsprobleme und Wohnverhältnisse. Für ihre Durchsetzung wurde ein offener Konflikt immer unbedeutender, weil die staatliche Sozialpolitik ebenso wie Betriebsleitungen und Belegschaften möglichst das Arrangement suchten. Die SED geriet dabei freilich in eine Zwangslage, vermochte sie doch die größer werdende Differenz zwischen ihrer praktisch nicht rücknehmbaren sozialpolitischen Programmatik und den hierfür erforderlichen, aber nur unzureichend wachsenden Ressourcen nicht zu schließen. Zweitens tendierte die Arbeiterschaft zunehmend dahin, soziale Besitzstände zu sichern. Sobald hier oder da Verschlechterungen einzutreten drohten, zeichnete sich eine ernste Konfliktlage ab. Man hatte das Argument der „führenden Klasse“ auf seiner Seite und konnte sich auf die sozialen Versprechungen der SED berufen. Die Arbeiterschaft befand sich damit in einer überaus starken Position. Um hier keinen Konflikt zu riskieren, den sie politisch kaum durchstehen konnte, ließ sich die Parteiführung unter der in Wirklichkeit trügerischen Devise der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ seit den siebziger, vor allem aber dann in den achtziger Jahren auf eine substanzzehrende und teilweise kreditfinanzierte Versorgungs- und Verteilungspolitik ein. Die dabei immer noch angestrebte Produktionsorientierung der Sozialpolitik erzeugte unter diesen Umständen keinen Produktivitätsschub mehr.¹⁰⁶

Fazit

Sowohl im Konfliktverhalten als auch bei der Wahrnehmung einer eigenen sozialen und kulturellen Identität der Arbeiterschaft in der DDR ist ohne Schwierigkeit der Industriefacharbeiter als Leitfigur ausfindig zu machen. Diese war ein maß-

¹⁰³ L ö t s c h, Manfred: Der Sozialismus – eine Stände- oder eine Klassengesellschaft? In: Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Hrsg. v. Hans Joas und Martin Kohli. Frankfurt/M. 1993, 121 f. – H ö c k e r t s: Grundlinien 536.

¹⁰⁴ H o f m a n n / R i n k: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus 29–36.

¹⁰⁵ Die folgende Passage stützt sich auf: H ü b n e r, Peter: Betriebliche Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1989. Unveröffentl. MS.

¹⁰⁶ S c h m i d t, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen 1998, 233 f.

gebender Faktor der relativ hohen Milieustabilität und zugleich auch der wichtigste Bezugspunkt in der Gesellschaftspolitik der SED. Der industrielle Facharbeiter fungierte dabei gewissermaßen als Schlußstein im legitimatorisch gemeinten politischen Inszenierungsversuch von „Arbeiterklasse“. Doch bildete er im Gefüge der DDR-Gesellschaft auch ein konservierendes Element, um das sich eine quantitativ starke Arbeiterschicht gruppierete, die zumindest im Arbeitsalltag und bei der praktischen Lebensbewältigung noch deutliche Züge der traditionellen Arbeiterklasse trug.

Daß diese Konstellation über den langen Zeitraum von 1945 bis 1989 nahezu unverändert erhalten blieb, war vor allem auf die Wirtschafts- und insbesondere auf die Industriepolitik zurückzuführen, die trotz der Rhetorik von sozialistischer Industrialisierung und Modernisierung in bemerkenswerter Weise statisch wurde. In der DDR dominierten Produkte und Technologien, die in der Zwischenkriegszeit bzw. auch während des Zweiten Weltkrieges entwickelt worden waren. Sie verlangten oft eine hohe Fachkompetenz der beteiligten Arbeiter. An den Beispielen des Maschinen- und Anlagenbaus, der Chemie oder auch der Textilindustrie läßt sich zeigen, daß nur ein langsamer Produktwechsel stattfand und die Anforderungen an die professionelle Kompetenz sich dementsprechend kaum änderten. Allerdings begann zu dieser Zeit der Rückstand zu den internationalen Marktführern größer zu werden. Die DDR-Wirtschaft sah sich zunehmend auf den Zuliefer- und Billigproduktesektor gedrängt, sodaß auch die sinkenden *Terms of Trade* eine fatale Entwicklung beschleunigten. Die auf solche Weise bewahrte Stabilität der Arbeitermilieus offenbarte freilich im Transformationsprozeß der neunziger Jahre ihre höchst problematische Seite.

Diese Entwicklung färbte auch auf die für die DDR-Industrie typischen Konfliktlagen ab. Die für Modernisierungsprozesse charakteristische Auseinandersetzung um den Erhalt von Arbeitsplätzen fehlte fast völlig. Allerdings wurden auch Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, wie sie in eher evolutionären Phasen marktwirtschaftlicher Entwicklung anzutreffen sind, in der DDR kaum zum Gegenstand öffentlich werdender Auseinandersetzungen. Ihre mehr oder weniger vollständige Erfüllung erfolgte weitgehend im Rahmen von lokalen und betrieblichen Arrangements. Wo Konflikte offen ausbrachen, handelte es sich zumeist um defensive Reaktionen. Sie galten in erster Linie der Abwehr von höheren Arbeitsnormen und neuen Technologien, die Lohneinbußen befürchten ließen, oder sie zielten auf eine Angleichung des Lohnniveaus und der Arbeitsbedingungen. Der defensive Grundzug im Konfliktverhalten war zu einem Teil auf die repressiven politischen Bedingungen zurückzuführen, doch resultierte er auch aus der Situation einer Arbeiterschaft, die ihre Chancen mehr im Beharren als im Wandel erblickte.